



Council of the
European Union

**Brussels, 4 September 2014
(OR. de, en)**

12742/14

**AGRI 561
AGRIORG 119**

COVER NOTE

From: Jerzy PLEWA, Director-General for Agriculture and Rural Development of the European Commission

To: Delegations

Subject: Report from the German Federal Government to the European Commission to be forwarded to the European Parliament and the Council on the functioning of the German Alcohol Monopoly and the aid granted in the framework of that Monopoly in the previous year in accordance with Article 182(4) of Regulation (1234/2007) (Single CMO Regulation)

Delegations will find attached, in the Annex, the 2013 report on the German Alcohol Monopoly. Annex I contains the German language version and Annex II the English language version as provided by the German Federal Government.

Bericht 2014

der Bundesregierung
an die Europäische Kommission
zur Weiterleitung an

das Europäische Parlament und den Rat

**über die Funktionsweise des Branntweinmonopols
und die in dessen Rahmen im Vorjahr gewährte Beihilfe**

gemäß Artikel 182 Absatz 4
der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007
(einheitliche GMO-Verordnung)

Inhaltsverzeichnis

	Seite(n)
1. Unionsrechtliche Vorgaben für das Branntweinmonopol	3
2. Maßnahmen Deutschlands zur Abschaffung des Branntweinmonopols	4
3. Für das Branntweinmonopol gewährte Beihilfen / Erzeugte Mengen	5
4. Aufgabe und Funktion des Branntweinmonopols	6
5. Einteilung der Brennereien	7
6. Brennrecht	8
7. Branntweinübernahmepreise	9
8. Erzeugung und Branntweinübernahme	10
9. Ausgleichszahlungen an ausgeschiedene Brennereien	10
10. Aufarbeitung/Vermarktung	10
11. Absatz/Erlöse aus Alkoholverkäufen	11
12. Zuschuss aus dem Bundeshaushalt	12

1. Unionsrechtliche Vorgaben für das Branntweinmonopol

Am 1. Januar 2011 ist die Verordnung (EU) Nr. 1234/2010 vom 15. Dezember 2010 („EU-Branntweinmonopol-Verlängerungsverordnung“) zur Änderung des Artikels 182 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 (Verordnung über die einheitliche GMO) in Kraft getreten. Gemäß Artikel 230 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über die gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse gilt Artikel 182 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 bis zum 31. Dezember 2017 fort. Artikel 182 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 sieht im Wesentlichen folgendes vor:

Die zunächst bis zum 31. Dezember 2010 befristete und nur an Deutschland gerichtete Ausnahmeregelung zur Gewährung produktionsbezogener Beihilfen nach dem Branntweinmonopol wird letztmalig verlängert.

Alle Beihilfezahlungen im Rahmen des Branntweinmonopols enden zum 31. Dezember 2017.

Die landwirtschaftlichen Kartoffel- und Getreideverschlussbrennereien durften innerhalb des Branntweinmonopols noch bis zum Ende des Betriebsjahres 2012/13 Agraralkohol erzeugen, und zwar folgende Höchstmengen:

Kalenderjahr 2011 540.000 hl reiner Alkohol (A.),
 Kalenderjahr 2012 360.000 hl A.,
 Kalenderjahr 2013 180.000 hl A.

Landwirtschaftliche Verschlussbrennereien, die nicht bereits früher auf Ihr Brennrecht verzichten, erhalten auf Antrag, der spätestens bis zum 30. September 2013 gestellt sein musste, Ausgleichsbeträge in Höhe von 257,50 Euro je Hektoliter A. regelmäßiges Brennrecht. Der Ausgleichsbetrag wird in fünf Jahresraten von je 51,50 Euro je Hektoliter A. regelmäßiges Brennrecht jeweils im Dezember der Jahre 2013 bis 2017 gezahlt.

Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und Obstgemeinschaftsbrennereien (OGB) dürfen bis zum Ende des Jahres 2017 jährlich zusammen maximal 60.000 hl A. erzeugen und an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB) abliefern.

Die in den Jahren 2013 bis 2016 von Deutschland vorzulegenden Jahresberichte müssen einen jährlichen Auslaufplan für das folgende Jahr betreffend die Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und OGB umfassen (siehe dazu 2.c)).

Der Gesamtbetrag der zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2013 gezahlten Beihilfen darf 269,9 Mio. € und der Gesamtbetrag der zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2017 gezahlten Beihilfen darf 268 Mio. € nicht überschreiten.

2. Maßnahmen Deutschlands zur Abschaffung des Branntweinmonopols

a) Deutschland hat sich über die Festlegungen in der Verordnung über die einheitliche GMO hinaus gegenüber der Europäischen Kommission zu den folgenden weiteren Maßnahmen verpflichtet:

- Verbot des Zukaufs von Alkohol auf dem freien Markt für die BfB,
- Verkauf von Alkohol durch die BfB auch an Unternehmen mit Sitz in anderen EU-Mitgliedstaaten oder Drittländern und
- Aufhebung der Verwendungsbeschränkung für Alkohol aus nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffen zur Herstellung von Kosmetika in § 99 b des Branntweinmonopolgesetzes.

Die genannten Maßnahmen waren alle bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2011 umgesetzt worden.

Dabei wurde die Aufhebung der Verwendungsbeschränkung für nichtlandwirtschaftlichen Alkohol zur Herstellung von Kosmetika zunächst im Vorgriff auf die spätere gesetzliche Änderung durch Erlass des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) verfügt. Die Änderung des einschlägigen § 99 b Branntweinmonopolgesetz (BranntwMonG) erfolgte dann rückwirkend zum 1. Januar 2011 durch Artikel 2 des Sechsten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen vom 1. Juli 2012 (BGBl. I, S. 1090).

b) Zur Umsetzung der weiteren gesetzlichen Maßnahmen zur Abschaffung des Branntweinmonopols hat die Bundesregierung am 28. November 2012 den Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Branntweinmonopols (Branntweinmonopolabschaffungsgesetz) und eines Alkoholsteuergesetzes (AlkStG) beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet (Bundestag-Drucksache 17 - 12301).

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz am 21. März 2013 verabschiedet. Der Bundesrat hat am 3. Mai 2013 dieses Gesetz passieren lassen. Es ist sodann unter dem Datum des 21. Juni 2013 im Bundesgesetzblatt verkündet worden (BGBl. 2013, Teil I, S. 1650 ff).

Das Branntweinmonopolabschaffungsgesetz ist hinsichtlich der Beendigung des Branntweinmonopols für landwirtschaftliche Kartoffel- und Getreideverschlussbrennereien planmäßig zum 1. Oktober 2013 in Kraft getreten. Zum 1. Oktober 2013 wurde auch § 99 b BranntwMonG aufgehoben, so dass es jetzt monopolrechtlich keinerlei Verwendungsbeschränkungen für Alkohol aus nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffen mehr gibt. Bis dahin waren monopolrechtlich die Verwendungsbereiche „Trinkzwecke“, „Lebensmittel“ und „Arzneimitteln“ dem Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs vorbehalten.

Das AlkStG, das die bisher im Zweiten Teil des BranntwMonG enthaltenen verbrauchsteuerrechtlichen Vorschriften in Umsetzung der einschlägigen EU-Verbrauchsteuer-Richtlinien zusammenfasst, tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

c) Für die Jahre 2014 bis 2017 schlägt die Bundesregierung folgenden Auslaufplan betreffend die Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und OGB für die bis zum 31. Dezember 2017 jährlich maximal ablieferungsfähigen Alkoholmengen vor:

- Kalenderjahr 2014: 60.000 hl A.

(Abfindungsbrenner und Stoffbesitzer zusammen maximal 50.000 hl A.; OGB zusammen maximal 10.000 hl A.),

- Kalenderjahr 2015: 54.000 hl A.

(Abfindungsbrenner und Stoffbesitzer zusammen maximal 45.000 hl A.; OGB zusammen maximal 9.000 hl A.),

- Kalenderjahr 2016: 48.000 hl A.

(Abfindungsbrenner und Stoffbesitzer zusammen maximal 40.000 hl A.; OGB zusammen maximal 8.000 hl A.),

- Kalenderjahr 2017: 48.000 hl A.

(Abfindungsbrenner und Stoffbesitzer zusammen maximal 40.000 hl A., OGB zusammen maximal 8.000 hl A. - allerdings zusätzliche individuelle Kürzung der Ablieferungsmöglichkeit im Kalenderjahr 2017 auf 250 Liter A. je Abfindungsbrenner und Mitglied einer OGB und auf 42 Liter A. je Stoffbesitzer).

Das federführende BMF stellt mit Hilfe eines Monitoringsystems sicher, dass die maximalen Alkoholmengen, die an die Bundesmonopolverwaltung abgeliefert werden können, eingehalten werden. Bei einer eventuellen Überschreitung dieser Mengen in einem Kalenderjahr wird die Ablieferungsmöglichkeit sofort gestoppt.

Das BMF hat mit Erlass vom 23. März 2012 die Schrittfolge für den sukzessiven Rückbau der BfB entsprechend dem Aufgabenrückgang im Ausstiegszeitraum verbindlich festgelegt.

Hiernach hat die BfB ihren Betrieb in Düsseldorf zum 30. Juni 2011 stillgelegt. Der Betrieb der BfB in Wittenberg ist zum 1. April 2012 im Wege des Betriebsübergangs nach § 613 a BGB an einen privaten Investor veräußert worden. Die Rektifikationsanlage im Betrieb Nürnberg ist zum 30. Juni 2012 stillgelegt worden. Der Betrieb diente seit dem nur noch als Lagerbetrieb. Die Betriebe der BfB in Hamburg und Neu-Isenburg sind zum 31. Dezember 2012 geschlossen worden. Das Außenlager Holzminden wurde bereits zum 30. September 2012 geschlossen. Der Rektifikationsbetrieb in München ist planmäßig zum 31. März 2014 von der BfB geschlossen und ab dem 1. April 2014 von einem Zusammenschluss ehemaliger monopolgebundener landwirtschaftlicher Brennereien (AgrAlko Deutsche Agraralkohol AG) im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613 a BGB pachtweise übernommen worden und wird seitdem unter Marktbedingungen, d. h. ohne staatliche Beihilfe weiter betrieben. Der Lagerbetrieb in Nürnberg wird planmäßig ab 30. Juni 2014 geschlossen.

3. Für das Branntweinmonopol gewährte Beihilfe / Erzeugte Mengen

Der durch die Verordnung über die einheitliche GMO festgesetzte Gesamtbetrag für die zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2013 zu zahlenden Beihilfen beträgt je Kalenderjahr durchschnittlich 89,96 Mio. €. **Der durchschnittliche Beihilfenbetrag je Kalenderjahr wurde für das Kalenderjahr 2013 eingehalten.**

Der an die monopolgebundenen Brennereien im Kalenderjahr 2013 ausgezahlte Beihilfenbetrag errechnet sich wie folgt:

42,57 Mio. €	Übernahmegeldzahlungen an die Erzeuger (vgl. Ziffer 8.)
+ 46,05 Mio. €	Ausgleichszahlungen an ausgeschiedene Brennereien (vgl. Ziffer 9.)
88,62 Mio. €	Summe

Im Kalenderjahr 2013 haben erzeugt:

- die landwirtschaftlichen Verschlussbrennereien **172.516 hl A.,**
- die Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und OGB **40.672 hl A.**

Die im Kalenderjahr 2013 zulässige Erzeugungsmenge für die Beihilfengewährung nach der VO (EU) 1234/10 an die

- landwirtschaftlichen Verschlussbrennereien in Höhe von maximal **180.000 hl A.,**
- Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und OGB von maximal **60.000 hl A.,**

ist damit eingehalten worden.

4. Aufgabe und Funktion des Branntweinmonopols

Das Branntweinmonopol wurde 1918 als Finanzmonopol und nationale Marktordnung für Branntwein (Ethylalkohol landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Ursprungs) geschaffen.

Die gesetzliche Grundlage für das Branntweinmonopol ist das BranntwMonG vom 8. April 1922 in der jeweils gültigen Fassung.

Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (Agraralkohol), der innerhalb des Branntweinmonopols erzeugt wird, ist grundsätzlich an die BfB als zuständige Marktordnungsstelle abzuliefern. Die BfB ist gesetzlich verpflichtet, den innerhalb des Monopols erzeugten Agraralkohol zu festgesetzten Preisen zu übernehmen. Das Branntweinmonopol bietet damit den Alkoholerzeugern eine relative Preis- und Absatzgarantie. Rohstoff- und strukturbedingt ist deutscher Agraralkohol gegenüber dem Alkohol aus dem übrigen Mitgliedstaaten der EU bis zum heutigen Tage nicht konkurrenzfähig.

Nach der umfassenden Reform des BranntwMonG im Jahre 1999 beschränkte sich das Branntweinmonopol auf landwirtschaftliche Verschlussbrennereien, OGB, Abfindungsbrennereien und Stoffbesitzer.

Zum 30. September 2010 sind 26 landwirtschaftliche Brennereien mit regelmäßigen Brennrechten von 40.321 hl A., zum 30. September 2011 16 landwirtschaftliche Brennereien mit regelmäßigen Brennrechten von 37.917 hl A. und zum 30. September 2012 79 landwirtschaftliche Brennereien mit regelmäßigen Brennrechten von 155.634 hl A. vorzeitig gegen Ausgleichszahlungen freiwillig aus dem Monopol ausgeschieden.

Das Gesamtvolumen der regelmäßigen Brennrechte der 553 monopolgebundenen landwirtschaftlichen Verschlussbrennereien lag seit 1. Oktober 2012 bei rd. 660.000 hl A.

Zum 30. September 2013 sind diese 553 Brennereien gemäß VO (EU) Nr. 1234/2010 i. V. m. §§ 58 a BranntwMonG (in der bis zum 30. September 2013 geltenden alten Fassung (a. F.)) endgültig gegen Ausgleichszahlung aus dem Monopol ausgeschieden. Seit dem 01. Oktober 2013 beschränkt sich das Monopol danach auf OGB, Abfindungsbrennereien und Stoffbesitzer.

5. Einteilung der Brennereien

Das BranntwMonG gliedert die Brennereien nach ihrer Betriebsweise und nach Art der Erfassung der erzeugten Alkoholmenge in

- landwirtschaftliche Kartoffel- und Getreideverschlussbrennereien,
- OGB – hierbei handelt es sich um Verschlussbrennereien – und
- landwirtschaftliche und gewerbliche Abfindungsbrennereien sowie Obstabfindungsbrennereien.

Bei der Einteilung nach Art der Erfassung des erzeugten Alkohols wird unterschieden zwischen Verschlussbrennereien und Abfindungsbrennereien.

Verschlussbrennereien sind solche Brennereien, in denen sämtliche alkoholhaltigen Dämpfe innerhalb der durch zollamtliche Verschlüsse gesicherten Gewinnungs- und Reinigungsanlagen verdichtet werden und der gesamte Alkohol durch die zollamtlich gesicherten Rohrleitungen in die unter zollamtlichen Verschluss stehenden Sammelgefäße oder durch amtliche Messuhren fließt.

Dagegen wird in Abfindungsbrennereien unter Verzicht auf Verschlüsse und Sicherungsmaßnahmen die Menge des herzustellenden Alkohols aus der Rohstoffmenge, der Rohstoffart und den für die Rohstoffart festgelegten Ausbeutesätzen errechnet. Der monopolrechtliche Vorzug, als Abfindungsbrennerei behandelt zu werden, gilt nur für Brennereien, die Alkohol innerhalb der begünstigten Erzeugungsgrenze von 50 bzw. 300 Liter A. - l A. - jährlich herstellen.

Außer den Verschluss- und Abfindungsbrennereien gibt es noch die Sondergruppe der Stoffbesitzer. Das sind natürliche Personen ohne eigene Brenngeräte, die ausschließlich selbst gewonnene Obststoffe verarbeiten und mit dem Brenngerät einer fremden Abfindungsbrennerei nicht mehr als 50 l A. in einem Betriebsjahr herstellen dürfen.

Das Stoffbesitzerbrennen ist historisch bedingt nur in ganz bestimmten Regionen Süd- und Südwestdeutschlands zugelassen. Ebenfalls historisch bedingt ist auch das Abfindungsbrennen überwiegend in den süd- und südwestdeutschen Regionen konzentriert. Der von Stoffbesitzern und Abfindungsbrennern erzeugte Alkohol unterliegt einem ermäßigten Steuersatz.

Daneben ist es im gesamten Bundesgebiet möglich, dass Besitzer von Obstbäumen auf gemeinschaftliche Rechnung eine OGB betreiben. Das sind Verschlussbrennereien, die von einem Verein, einer Personengesellschaft oder einer Genossenschaft betrieben werden und in denen Branntwein ausschließlich aus Obststoffen hergestellt wird, die die Mitglieder selbst gewonnen haben. Jedes Mitglied hat eine monopolbegünstigte Erzeugungsmenge von 300 l A.

6. Brennrecht

Das Brennrecht war das mit einer landwirtschaftlichen Verschlussbrennerei verbundene Recht, wonach für eine bestimmte Menge Alkohol die von der BfB festgesetzten Übernahmepreise gezahlt worden sind (regelmäßiges Brennrecht). Das Brennrecht war also eine Vergünstigung, Branntwein zu einem festgesetzten Preis herstellen zu können. Andererseits war es aber auch die Grundlage für eine Steuerung der Alkoholerzeugung. Das Branntweinmonopolgesetz (a. F.) gab der BfB die Möglichkeit, das für jede Brennerei feststehende regelmäßige Brennrecht je nach Bestandlage, voraussichtlichem Verbrauch und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln zu kürzen und ein für jedes Betriebsjahr veränderliches Jahresbrennrecht (in von Hundert des regelmäßigen Brennrechts) festzusetzen.

Monopolrechtlich verfügen Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und OGB nicht über Brennrechte, sondern lediglich über monopolbegünstigte Erzeugungsgrenzen (-mengen), die im Gegensatz zu den Brennrechten nicht jährlich neu festgesetzt werden. Diese Brennereien haben die Möglichkeit, Rohalkohol an die BfB abzuliefern, sind hierzu jedoch nicht verpflichtet.

Brennrechte/Erzeugungskontingente im Betriebsjahr 2012/2013 (Stand 1. Oktober 2012):

A. Landwirtschaftliche Brennereien	Anzahl	Regelmäßiges Brennrecht in hl A.	Jahresbrennrecht in hl A. 30%
Kartoffelbrennereien ¹	192	436.743	145.032 ³
Getreidebrennereien ²	165	217.389	79.190 ³
Gemischtbetriebe (Kartoffeln/Getreide)	196		
Summe	553	654.132	224.222³

B. Registrierte Abfindungsbrennereien (Stand 30. September 2013)

- mit einem Erzeugungskontingent von 50/300 l A. pro Jahr **26.236,**
- tatsächlich als Erzeuger aufgetreten **16.459.**

C. Registrierte Stoffbesitzer (Stand 30. September 2013)

- mit einem Erzeugungskontingent von 50 l A. pro Jahr **467.338,**
- davon als Erzeuger aufgetreten **51.542.**

7. Branntweinübernahmepreise

Der Branntweingrundpreis wird auf der Grundlage von § 65 BranntwMonG jährlich durch die BfB neu festgesetzt und bildet bis zur Beendigung des Monopols zum 31. Dezember 2017 die Grundlage für sämtliche Übernahmepreise nach dem BranntwMonG.

Für Alkohol aus OGB, Abfindungsbrennereien und von Stoffbesitzern werden nach gesetzlichen Regelungen besondere Übernahmepreise auf der Basis des Branntweingrundpreises zuzüglich fester und variabler Zuschläge festgesetzt.

Im Kalenderjahr 2013 wurde zur Einsparung von Haushaltsmitteln von der Möglichkeit des § 72 b im BranntwMonG Gebrauch gemacht und alle Übernahmepreise pauschal um 5 vom Hundert gekürzt.

Durchschnittliche Übernahmepreise im Kalenderjahr 2013 - Preisbasis 60 %

¹ Einschließlich Kartoffelbrennrechtsanteil der Brennereien mit gemischtem Brennrecht für Kartoffeln und Getreide.

² Einschließlich Getreidebrennrechtsanteil der Brennereien mit gemischtem Brennrecht für Kartoffeln und Getreide.

³ Bei Brennereien mit einem regelmäßigen Brennrecht von bis zu 300 hl A. erfolgt die Kürzung des Jahresbrennrechts nicht in vollem Umfang, so dass die Summe der Jahresbrennrechte über 30 % der regelmäßigen Brennrechte liegt. Der Wert bezieht sich auf das gesamte Betriebsjahr 2012/13.

	Jahresbrennrecht		
Branntweinübernahmepreis	bis 600 hl A.	bis 7000 hl A.	
Kartoffeln	178,55 €/hl A.	113,64 €/hl A.	
Getreide	178,55 €/hl A.	113,64 €/hl A.	
Obststoffe			385,50€/hl A.

8. Erzeugung und Branntweinübernahme

Der von den Brennereien erzeugte Rohalkohol wurde von der BfB übernommen und dem letzten verbliebenen eigenen Reinigungswerk zur Herstellung von Neutralalkohol zugeführt. Im Kalenderjahr 2013 sind der BfB folgende Mengen zugeflossen:

Übernahme von Alkohol aus	hl A.	T€	€/hl A.
Kartoffeln	36.052	5.376	149,12
Getreide	136.464	22.509	164,94
Obststoffen	40.672	14.687	361,11
Gesamt	213.188	42.572	199,69

9. Ausgleichszahlungen an ausgeschiedene Brennereien

Landwirtschaftliche Verschlussbrennereien konnten sich nach §§ 58, 58 a BranntwMonG (a. F.) letztmalig bis zum 30. September 2013 von der Ablieferungspflicht befreien lassen, um dann für fünf Betriebsjahre pro Hektoliter regelmäßiges Brennrecht und Betriebsjahr einen Ausgleichsbetrag von 51,50 €/hl A. (insgesamt 257,50 €/hl A.) zu erhalten.

Im Kalenderjahr 2013 wurden infolge der Beendigung des Monopols für die landwirtschaftlichen Brennereien insgesamt 46.048.647,22 € an Ausgleichszahlungen geleistet.

10. Aufarbeitung/Vermarktung

Der übernommene Rohalkohol wurde im Kalenderjahr 2013 in dem letzten noch verbliebenen eigenen Reinigungswerk der BfB zu 96 und 99%igen Neutralalkohol aufbereitet. Bei der Rektifikation fällt als Nebenprodukt zwangsweise Tertiaalkohol an, der aufgrund der noch vorhandenen Nebenbestandteile und Verunreinigungen nur eingeschränkt verwendet werden konnte.

Im Kalenderjahr 2013 sind bei der Aufarbeitung folgende Mengen angefallen:

	aufgearbeitete Menge		Kosten
	hl A.	T€	€/hl A.
Neutralalkohol	224.569	2.003	8,92
Tertiaalkohol	14.336	128	8,92
Summe	238.905	2.131	8,92
von dem o. g. Neutralalkohol sind entwässert worden	45.295	194	4,28

Die übrigen Kosten, sonstigen Aufwendungen und Erträge sowie die Investitionen beliefen sich auf 12,755 Mio. € (ohne Absetzung für Abnutzung). Darin enthalten sind auch Kosten für hoheitliche Aufgaben der BfB und Pensionszahlungen in Höhe von 2,362 Mio. € für ehemalige Beamte der BfB.

11. Absatz/Erlöse aus Alkohol

Die BfB verkaufte den Neutralalkohol im Jahr 2013 über ihre beiden Betriebe (siehe zu Tz. 2.). Der Neutralalkohol wurde überwiegend in den Bereichen Spirituosen, Lebensmittel, Heilmittel und Kosmetika abgesetzt. Zudem wird Tertiaalkohol vergällt zur Verwendung als Frostschutzmittel und Scheibenreiniger verkauft.

Im Kalenderjahr 2013 betrug der Gesamtabsatz der BfB 305.628 hl A. (Neutralalkohol) bei einem Durchschnittserlös von 69,32 €/hl A.

Erlöse aus Alkoholverkäufen der BfB im Kalenderjahr 2013:

	hl A.	€/hl A.	T€
Spirituosen und Lebensmittel	144.307	73,43	10.596
Heilmittel und Kosmetika	64.785	78,89	5.111
Zwischensumme:	209.092	75,12	15.707
Alkohol für sonstige Zwecke	96.536	56,77	5.480
Gesamt:	305.628	69,32	21.187

12. Zuschuss aus dem Bundeshaushalt

Seit der Aufhebung des Einfuhrmonopols für Alkohol aus den EU-Staaten im Jahre 1976 als Folge der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs kann Agraralkohol nur noch im freien Wettbewerb mit anderen Anbietern weit unter den Ankaufpreisen (Branntweinübernahmepreisen) der BfB abgesetzt werden. Seither muss das Branntweinmonopol mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gestützt werden. Die BfB ist gehalten, unter Wahrung der gesetzlichen Zielvorgaben den Subventionsbedarf so gering wie möglich zu halten. Sie hat den übernommenen Branntwein nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwerten und bei ihrer Geschäftstätigkeit die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nach der Bundeshaushaltsordnung zu beachten.

Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt wurde im Rahmen der Branntweinmonopolreform 1999 deutlich degressiv ausgestaltet und von 143,2 Mio. € auf 79,8 Mio. € im Jahre 2007 vermindert. Für das Haushaltsjahr (= Kalenderjahr) 2013 standen 79,8 Mio. € zur Verfügung. Aufgrund der gekürzten Haushaltsmittel und des nach wie vor nicht kostendeckenden Verkaufserlöses für Neutralalkohol sowie der Vorgaben der Europäischen Union aus der VO (EU) Nr. 1234/2010 konnte für das letzte Betriebsjahr 2012/13 nur noch ein Jahresbrennrecht in Höhe von 30 % des regelmäßigen Brennrechts festgesetzt werden.

Aufstellung über zugewiesene Haushaltsmittel in den Jahren:

2010	79,8 Mio. €
2011	79,8 Mio. €
2012	79,8 Mio. €
2013	79,8 Mio. €
2014	57,8 Mio. €

Ref. Ares(2014)2079828 - 25.6.2014

EN TRANSLATION

2013 Report

from the German Federal Government to the
European Commission to be forwarded to

the European Parliament and the Council

on the functioning of the German Alcohol Monopoly and the aid
granted in the framework of that Monopoly in the previous year

in accordance with Article 182(4) of

Regulation (EC) No 1234/2007

(Single CMO Regulation)

Contents	Page(s)
1. Union law on the Alcohol Monopoly	3
2. Steps taken by Germany to abolish the Alcohol Monopoly	4
3. Aid granted/quantities produced under the Alcohol Monopoly	5
4. Remit and functions of the Alcohol Monopoly	6
5. Classification of distilleries	7
6. Distilling rights	8
7. Alcohol purchase prices	9
8. Production and purchase of alcohol	9
9. Compensation payments for withdrawal	10
10. Processing and marketing	10
11. Turnover and revenue from alcohol sales	10
12. Subsidies from the German Federal Budget	11

1. Union law on the Alcohol Monopoly

Regulation (EU) No 1234/2010 of 15 December 2010 (EU Alcohol Monopoly prolongation Regulation) amending Article 182(4) of Regulation (EC) No 1234/2007 (Single CMO Regulation) entered into force on 1 January 2011. Pursuant to Article 230(1)(f) of Regulation (EU) No 1308/2013 establishing a common organisation of the markets in agricultural products, Article 182(4) of Regulation (EC) No 1234/2007 is valid until 31 December 2017. The key components of Article 182(4) of Regulation (EC) No 1234/2007 are as follows:

The derogation, which applies only to Germany and was initially due to expire on 31 December 2010, allowing the granting of production-related aid to the Alcohol Monopoly, will be extended for a final time.

All aid payments under the Alcohol Monopoly will end by 31 December 2017.

Under the Alcohol Monopoly, the agricultural bonded potato and grain distilleries were able to continue producing alcohol of agricultural origin until the end of the 2012/13 production year, with the following maximum quotas:

2011 calendar year 540 000 hl of pure alcohol (A)
 2012 calendar year 360 000 hl A
 2013 calendar year 180 000 hl A

Agricultural bonded distilleries which do not surrender their distilling rights earlier will receive on application (to be submitted by 30 September 2013 at the latest) compensation payments to the value of EUR 257.50 per hectolitre A of nominal distilling rights. The compensation will be paid in five annual instalments each December of EUR 51.50 per hectolitre A of nominal distilling rights, from 2013 to 2017.

Small-scale flat-rate distilleries, distillery users and fruit cooperative distilleries may produce a collective maximum of 60 000 hl of alcohol per year until the end of 2017 and deliver it to the Federal Monopoly Administration for Alcohol (BfB).

The annual reports due to be submitted by Germany for the years 2013 to 2016 must include an annual phasing-out plan for the following year for small-scale flat-rate distilleries, distillery users and fruit cooperative distilleries (see point 2(c)).

The total amount of aid granted between 1 January 2011 and 31 December 2013 may not exceed EUR 269.9 million and the total amount of aid granted between 1 January 2014 and 31 December 2017 may not exceed EUR 268 million.

2. Steps taken by Germany to abolish the Alcohol Monopoly

a) In addition to its obligations under the Single CMO Regulation, Germany has also committed itself vis-à-vis the European Commission to implementing the following measures:

- prohibiting the acquisition of alcohol on the open market by the Federal Monopoly Administration for Alcohol (BfB),
- allowing the sale of alcohol through the BfB to companies based in other European countries or third countries, and
- lifting the restrictions on the use of alcohol made from non-agricultural raw materials in the manufacture of cosmetics under Section 99b of the Alcohol Monopoly Act.

The aforementioned measures had all already been implemented, with effect from 1 January 2011.

This included lifting the restrictions on the use of non-agricultural alcohol in the manufacture of cosmetics initially by means of an order issued by the Federal Ministry of Finance (BMF), as a precursor to the subsequent legislative amendment. Section 99b of the Alcohol Monopoly Act was then amended with retroactive effect from 1 January 2011 by Article 2 of the Sixth Act amending the excise duty Acts of 16 June 2012 (BGBl. I, p. 1090).

b) To implement the other legislative measures to abolish the Alcohol Monopoly, on 28 November 2012 the Federal Government adopted a bill abolishing the Alcohol Monopoly (Alcohol Monopoly Abolition Act) and an Alcohol Tax Act (AlkStG), which were then forwarded to the German Bundestag (Bundestag Parliamentary Paper 17-12301).

The Bundestag passed the legislation on 21 March 2013, and the Bundesrat endorsed it on 3 May 2013. It was henceforth published in the Bundesgesetzblatt (*German Federal Law Gazette*), under the date of 21 June 2013 (BGBl. 2013, Section I, p. 1650 et seqq.). The Alcohol Monopoly Abolition Act bringing the Alcohol Monopoly for agricultural bonded potato and grain distilleries to an end entered into force on 1 October 2013 as planned. On 1 October 2013, Section 99b of the Alcohol Monopoly Act was also abolished, thus meaning that there is no longer any monopoly legislation restricting the use of alcohol made from non-agricultural raw materials. Up until that point in time, monopoly legislation ensured that only ethyl alcohol of agricultural origin could be used for: 'drinking purposes', 'food', and 'pharmaceutical uses'.

The Alcohol Tax Act, which brings together the excise duty rules transposing the relevant EU excise duty Directives previously contained in Part Two of the Alcohol Monopoly Act, will enter into force on 1 January 2018.

c) For 2014 to 2017 the Federal Government proposes the following phasing-out plan for small-scale flat-rate distilleries, distillery users and fruit cooperative distilleries, up until 31 December 2017, as regards the annual maximum amount of alcohol allowed to be delivered:

- **2014 calendar year: 60 000 hl A**

(small-scale flat-rate distilleries and distillery users combined: max. 50 000 hl A; fruit cooperative distilleries combined: max. 10 000 hl A),

- **2015 calendar year: 54 000 hl A**

(small-scale flat-rate distilleries and distillery users combined: max. 45 000 hl A; fruit cooperative distilleries combined: max. 9 000 hl A),

- **2016 calendar year: 48 000 hl A**

(small-scale flat-rate distilleries and distillery users combined: max. 40 000 hl A; fruit cooperative distilleries combined: max. 8 000 hl A),

- **2017 calendar year: 48 000 hl A**

(small-scale flat-rate distilleries and distillery users combined: max. 40 000 hl A; fruit cooperative distilleries combined: max. 8 000 hl A - however, there will be additional individual restrictions on the amount allowed to be delivered in 2017, i.e. 250 litres of alcohol per small-scale flat-rate distillery and per fruit cooperative distillery member, and 42 litres of alcohol per distillery user).

The lead ministry, the Federal Ministry of Finance (BMF), will apply a monitoring system to ensure that the maximum quantities of alcohol allowed to be delivered to the Federal Monopoly Administration for Alcohol (BfB) are adhered to. If these quantities are exceeded in a given calendar year deliveries will no longer be able to be made with immediate effect.

By means of an order of 23 March 2012, the Federal Ministry of Finance has laid down the binding steps required for the gradual dismantling of the BfB in accordance with the planned restructuring during the transition period.

Accordingly, the BfB closed its Düsseldorf operations on 30 June 2011. The BfB's Wittenberg site was disposed of on 1 April 2012 as part of a transfer of operations, within the meaning of Section 613a of the German Civil Code, to a private investor. The rectification plant at the BfB's Nuremberg site was closed down on 30 June 2012; since then the site has only been used for storage. The BfB's sites in Hamburg and Neu-Isenburg were closed on 31 December 2012. The external storage site in Holzminden was already closed on 30 September 2012. The rectification site in Munich was closed down by the BfB as planned on 31 March 2014, and as of 1 April 2014, it was taken over under lease by a union of agricultural distilleries formerly covered by the Monopoly (the German Agricultural Alcohol AG, 'AgrAlko') as part of a transfer of operations within the meaning of Section 613a of the German Civil Code. Since 1 April 2014, the site has continued to operate under market conditions, i.e. without state aid. The Nuremberg storage site is due to be closed on 30 June 2014.

3. Aid granted/quantities produced under the Alcohol Monopoly

The total amount of aid (as laid down in the Single CMO Regulation) to be paid between 1 January 2011 and 31 December 2013 should not exceed an average of EUR 89.96 million per calendar year. **The aid granted in 2013 did not exceed the permitted maximum average aid amount per calendar year.**

Aid payments made in 2013 to the distilleries covered by the Monopoly can be broken down as follows:

EUR 42.57 million	Purchase payments to producers (see point 8)
EUR 46.05 million	Compensation payments to distilleries which have left the Monopoly (see point 9)
EUR 88.62 million	Total

In 2013 the following quantities were produced by:

- agricultural bonded distilleries **172 516 hl A;**
- small-scale flat-rate distilleries, distillery users and fruit cooperative distilleries **40 672 hl A.**

Production was therefore within the limits set for the 2013 calendar year for the grant of aid in accordance with Regulation (EU) 1234/2010 to:

- agricultural bonded distilleries: a maximum of **180 000 hl A;**
- small-scale flat-rate distilleries,
distillery users and fruit cooperative distilleries: a maximum of **60 000 hl A.**

4. Remit and functions of the Alcohol Monopoly

The Alcohol Monopoly was established in 1918 as a financial monopoly and to organise the national alcohol market (concerning ethyl alcohol of agricultural and non-agricultural origin).

The Alcohol Monopoly Act of 8 April 1922, as amended, provides the legal basis for the Alcohol Monopoly.

Ethyl alcohol of agricultural origin (agricultural alcohol) produced under the Alcohol Monopoly is to be delivered to the Federal Monopoly Administration for Alcohol (BfB), which is responsible for the organisation of the market. The BfB is legally bound to purchase agricultural alcohol produced within the Monopoly at the prices that have been set. The Monopoly thus offers alcohol producers relative certainty as regards prices and turnover. On account of the raw materials used and for structural reasons, to the present day, agricultural alcohol from Germany cannot compete with alcohol from the other EU Member States.

Following a comprehensive reform of the Alcohol Monopoly Act in 1999, the Alcohol Monopoly was restricted to agricultural bonded distilleries, fruit cooperative distilleries, small-scale flat-rate distilleries and distillery users.

The following voluntarily withdrew from the Monopoly in exchange for compensation payments: by 30 September 2010, 26 agricultural distilleries with nominal distilling rights of 40 321 hl A; by 30 September 2011, 16 agricultural distilleries with nominal distilling rights of 37 917 hl A; and by 30 September 2012, 79 agricultural distilleries with nominal distilling rights of 155 634 hl A. The total volume of nominal distilling rights held by the 553 agricultural bonded distilleries covered by the monopoly has been approx. 660 000 hl A since 1 October 2012. On 30 September 2013, in accordance with Regulation (EU) No 1234/2010 and Section 58a of the former version of the Alcohol Monopoly Act (valid up until 30 September 2013), those 553 distilleries definitively withdrew from the Monopoly in exchange for compensation payments. Since 1 October 2013, the Monopoly has been restricted to fruit cooperative distilleries, small-scale flat-rate distilleries and distillery users.

5. Classification of distilleries

The Alcohol Monopoly Act classifies distilleries according to their method of operation and the way in which alcohol production is measured, according to the following categories:

- agricultural bonded potato and grain distilleries,
- fruit cooperative distilleries (bonded fruit distilleries),
- agricultural and commercial small-scale flat-rate distilleries and small-scale fruit distilleries.

When classifying distilleries according to how the volume of production is measured, a distinction is made between bonded distilleries and small-scale flat-rate distilleries.

Bonded distilleries are those in which all vapours containing alcohol are condensed in production and refining systems that are closed with official customs seals and all the alcohol flows through pipes into collection barrels (both of which are similarly sealed) or through official meters.

In small-scale flat-rate distilleries, on the other hand, there are no seals or other forms of closure and alcohol production is calculated on the basis of the volume and type of raw materials, together with the yield rates set for the respective types. To benefit from classification as a small-scale flat-rate distillery under the monopoly legislation, a distillery must stay within 'eligible production' limits (50 to 300 litres of alcohol per year).

Apart from bonded and small-scale flat-rate distilleries there is the separate category of distillery users. These are individuals who do not have their own distilling equipment and use the equipment of a small-scale flat-rate distillery to process only their own fruit pulp into no more than 50 litres of alcohol in any production year.

For historical reasons, this type of use is only permitted in very specific areas of southern and south-western Germany. For similar historical reasons, small-scale flat-rate distilleries are predominantly concentrated in southern and south-western Germany. Alcohol produced by distillery users and small-scale flat-rate distilleries is subject to a reduced rate of duty.

In addition, owners of fruit trees throughout Germany can come together to operate a joint venture fruit cooperative distillery. These are bonded distilleries run by an association, a partnership or a cooperative in which alcohol is produced exclusively using fruit pulp from fruit grown by the members themselves. Each member has a production quota under the Monopoly of 300 litres of alcohol.

6. Distilling rights

A distilling right was the right, linked to an agricultural bonded distillery, to receive the purchase price, as set by the BfB, for a particular volume of alcohol (nominal distilling right). It was thus a benefit allowing the distillery to produce alcohol for a fixed price. In addition, however, it was also a means of regulating alcohol production. The former version of the Alcohol Monopoly Act (valid up until 30 September 2013) allowed the BfB to reduce nominal distilling rights for each distillery in the light of volumes in stocks, foreseeable demand and available financial resources, and to set different annual distilling rights (as a percentage of the nominal distilling rights) from one production year to the next.

Under monopoly legislation, small-scale flat-rate distilleries, distillery users and fruit cooperative distilleries do not have distilling rights, but only limits to the volume of their produce that can benefit from the arrangements; unlike distilling rights, these limits do not change from year to year. These distilleries have the option of delivering raw alcohol to the BfB, but are not obliged to do so.

Distilling rights/production quotas, 2012/2013 marketing year (as of 1 October.2012):

A. Agricultural distilleries	Number	Nominal distilling right in hl A	Annual distilling rights in hl A 30 %
Potato distilleries ¹	192	436 743	145 032 ³
Grain distilleries ²	165	217 389	79 190 ³
Mixed operations (potato/grain)	196		
Total	553	654 132	224 222³

B. Registered small-scale flat-rate distilleries (as of 30 September 2013)

- with a production quota of 50 to 300 litres of alcohol per year **26 236**
- actively producing in 2013 **16 459**

C. Registered distillery users (as of 30 September 2013)

- with a production quota of 50 litres of alcohol per year **467 338**
- actively producing in 2013 **51 542**

¹ Including the share of nominal distilling rights allocated to potatoes for distilleries with both potato and grain rights.

² Including the share of nominal distilling rights allocated to grain for distilleries with both potato and grain rights.

³ For distilleries with a nominal distilling right of up to 300 hl of alcohol, the reduction of the annual distilling right does not apply in full. Total annual distilling rights may therefore exceed 30 % of nominal distilling rights. This value is based on the entire 2012-13 production year.

7. Alcohol purchase prices

The BfB sets the basic alcohol price each year, on the basis of Section 65 of the Alcohol Monopoly Act, which is the basis for all purchase prices under that Act until the end of the Monopoly on 31 December 2017.

The legislation provides for special purchase prices for alcohol from fruit cooperative distilleries, small-scale flat-rate distilleries and distillery users; these are set on the basis of the basic alcohol price but include both fixed and variable supplements.

In 2013, in an effort to save budgetary resources, use was made of the option under Section 72b of the Alcohol Monopoly Act to make a flat-rate reduction to all purchase prices of 5 %.

Average purchase prices, 2013 calendar year – basis: 60 % of annual distilling right

	Annual distilling right	
	up to 600 hl A	up to 7 000 hl A
Alcohol purchase price		
Potatoes	EUR 178.55 / hl A	EUR 113.64 / hl A
Grain	EUR 178.55 / hl A	EUR 113.64 / hl A
Fruit pulp		EUR 385.50 / hl A

8. Production and purchase of alcohol

The BfB used to purchase the raw alcohol from the distilleries and transport it to its last-remaining own refinery to produce neutral alcohol. In 2013, the BfB received the following quantities:

Purchase of alcohol from:	hl of alcohol (hl A)	EUR '000	EUR/hl A
Potatoes	36 052	5 376	149.12
Grain	136,464	22,509	164.94
Fruit pulp	40,672	14,687	361.11
Total	213,188	42,572	199.69

9. Compensation payments for withdrawal

Up until 30 September 2013 at the latest, agricultural bonded distilleries could opt out of the delivery obligation, in accordance with sections 58 and 58a of the former version of the Alcohol Monopoly Act (valid up until 30 September 2013), in order to receive compensation of EUR 51.50 per hl A of nominal distilling rights per production year for five years (EUR 257.50 per hl A in total).

In 2013, as a result of the end of the Monopoly for agricultural distilleries, compensation payments amounted to EUR 46 048 647.22.

10. Processing and marketing

The raw alcohol purchased in the 2013 calendar year was processed into 96 % and 99 % pure neutral alcohol in the BfB's last-remaining own refinery. An inevitable by-product of the purification process is tertiary alcohol, which was only of limited use because of the continued presence of residues and impurities.

The processing produced the following volumes in the 2013 calendar year:

	Processed quantity		Cost
	hl of alcohol (hl A) EUR '000		EUR/hl A
Neutral alcohol	224 569	2 003	8.92
Tertiary alcohol	14 336	128	8.92
Total	238 905	2 131	8.92
Further distilled from the above neutral alcohol	45 295	194	4.28

The remaining costs, other expenditure, revenue and investments amounted to EUR 12.755 million (without allowing for depreciation). This amount includes costs incurred by the BfB in performing its public duties and pension payments of EUR 2 362 million to former BfB employees.

11. Turnover and revenue from alcohol sales

In 2013, the BfB sold neutral alcohol via its two sites (see point 2). The neutral alcohol was predominantly sold to the spirits, food, pharmaceutical and cosmetics industries. In addition, the tertiary alcohol is denatured for use in anti-freeze and window-cleaning fluid.

The BfB's total turnover in the 2013 calendar year was 305 628 hl A (neutral alcohol) with an average return of EUR 69.32/hl A.

BfB revenue from alcohol sales in 2013:

	hl A	EUR/hl A	EUR '000
Spirits and food	144 307	73.43	10 596
Pharmaceuticals and cosmetics	64 785	78.89	5 111
Sub-total:	209 092	75.12	15 707
Alcohol for other uses	96 536	56.77	5 480
Total:	305 628	69.32	21 187

12. Subsidies from the German Federal Budget

Since 1976, when the monopoly on importing alcohol from other EU Member States was abolished on the basis of the case-law of the European Court of Justice, competition with other suppliers has been such that the BfB can only sell agricultural alcohol at prices far below what it has paid (the alcohol purchase price). Since that time, the Alcohol Monopoly has needed public support. The BfB is under an obligation – without prejudice to its statutory aims – to keep its subsidy requirement as low as possible. It must process the alcohol it purchases in line with commercial standards and conduct its business according to the principles of economy and efficiency within the meaning of the Federal Budget Code.

Under the 1999 reform of the Monopoly, the public subsidy was substantially cut, falling in stages from EUR 143.2 million to EUR 79.8 million in 2007. In the 2013 financial (= calendar) year, the subsidy stood at EUR 79.8 million. In the light of budgetary cuts, the fact that sales revenue for neutral alcohol still failed to cover costs, and EU requirements under Regulation (EU) No 1234/2010, in the previous production year (2012-13) it was only possible to set annual distilling rights at 30% of the nominal distilling right.

Public funding, by year:

2010	EUR 79.8 million
2011	EUR 79.8 million
2012	EUR 79.8 million
2013	EUR 79.8 million
2014	EUR 57.8 million